

Polizeiarbeit und Opferschutz



Liebe Leserin, lieber Leser

«Wir sprechen gerade mit einer Frau, die Opfer von Frauenhandel sein könnte. Kann sie bei Ihnen vorbeikommen?» Es kommt oft vor, dass Polizistinnen und Polizisten am Telefon sind und bei FIZ Makasi um einen Termin für ein mutmassliches Opfer von Frauenhandel anfragen. Die Polizei ist nach wie vor diejenige Instanz, die uns die meisten Klientinnen zuweist. In diesem Rundbrief möchten wir für einmal nicht den Opferschutz, sondern die Polizeiarbeit gegen Menschenhandel ins Zentrum stellen.

Es braucht proaktive Ermittlungsarbeit, um Menschenhandel – sowohl im Sexgewerbe wie auch in anderen Branchen – aufzudecken. In anderen Branchen als dem Sexgewerbe gibt es bisher noch keine Best practice in der Schweiz. Wir konzentrieren uns hier deshalb auf das Sexgewerbe. Best practice in der Ermittlungsarbeit auf dem Strassenstrich heisst: keine Repression ausüben, sondern Vertrauen aufbauen. Am Beispiel der CIPRO im Waadtland und in der ethnografischen Forschung von Christiane Howe wird dies deutlich. Auch proaktive Polizeiarbeit in Salons kann opfersensibel gestaltet werden, wie das Interview mit FIZ-Mitarbeiterinnen über die Rolle des Opferschutzes bei Razzien zeigt.

Zudem geben wir einen Einblick in die Weiterbildung, die die FIZ mit Polizei- und anderen Behörden durchführt: In Rollenspielen wird für den Ernstfall geprobt. Die Symbolbilder in diesem Rundbrief stammen von Nina Lanzi – Politikwissenschaftlerin und Praktikantin in der FIZ und: auto-didaktische Fotografin.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Herzliche Grüsse

Rebecca Angelini und Susanne Seytter

Rundbrief 58 | Mai 2016

Nicht-repressive Ermittlungsarbeit	3
Best practice im Kanton Waadt	4
Polizeiliche Arbeit in Quartieren mit Strassenprostitution	5
Klar definierte und unterschiedliche Rollen	6
Respekt, Bewusstsein, Empathie	8
Die FIZ in den USA	10
News aus der FIZ	11

Symbolbilder
in diesem Rundbrief
© Nina Lanzi



Nicht-repressive Ermittlungsarbeit

Heute sind sich Fachleute einig: Menschenhandel kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die Instanzen der Ermittlung und Verfolgung der Täter und die Organisationen des Opferschutzes zusammenarbeiten. Dabei müssen alle involvierten Stellen auf Menschenhandel spezialisiert sein und es braucht aufseiten der Polizei eine nicht-repressive, proaktive Ermittlungsarbeit. Nur so werden Fälle von Menschenhandel aufgedeckt, Opfer geschützt und Täter zur Rechenschaft gezogen.

Vor 15 Jahren hat die FIZ in Zürich den ersten Runden Tisch gegen Menschenhandel in der Schweiz ins Leben gerufen. Es ging darum, die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgung, Opferschutz und anderen relevanten Stellen in der Bekämpfung von Menschenhandel anzuregen. Zu Beginn war eine gegenseitige Skepsis spürbar. Feministinnen trafen auf BehördenvertreterInnen. Während die einen die Welt aus der Perspektive «von unten» betrachteten und die Situation der von Frauenhandel Betroffenen ins Zentrum stellten, waren die anderen gewohnt, «von oben» für Recht und Ordnung einzustehen und gegen illegal in der Schweiz anwesende Menschen repressiv vorzugehen.

Unterschiedliche Rollen

Am Runden Tisch entstand schnell ein Bewusstsein über die unterschiedlichen Rollen beider Seiten. Rasch konnten sich alle Beteiligten auf ein gemeinsames Ziel einigen: den Menschenhandel bekämpfen, indem Opfer geschützt und Täter zur Verantwortung gezogen werden. Mittlerweile bestehen in der Schweiz viele kantonale Runde Tische gegen Menschenhandel, und in mehreren Kantonen bestehen Kooperationsvereinbarungen mit der FIZ.

Menschenhandel aufzudecken, ist nicht einfach. Die Betroffenen geben sich in der Regel nicht von sich aus zu erkennen. Sie haben Angst vor Repressionen, sind traumatisiert, und viele trauen den Behörden nicht. Manche fühlen sich den Tätern verpflichtet. Andere schützen sie aus Angst oder aus Abhängigkeit. Betroffene von Menschenhandel zu identifizieren, braucht also ein geschultes Auge.

Ohne die Aussage der Betroffenen ist es nahezu unmöglich, Täter hinter Gitter zu bringen. Es liegt sehr viel Druck und Verantwortung auf den Schultern der meist schwer traumatisierten Betroffenen. Dies macht deutlich, dass nicht nur aus menschenrechtlicher, sondern auch aus der Perspektive der Strafverfolgung ein spezialisierter Opferschutz enorm wichtig ist.

Die Polizei ist seit Jahren eine Hauptzuweiserin von betroffenen Frauen an die FIZ. Es sind fast ausschliesslich auf Menschenhandel spezialisierte und geschulte Polizeieinheiten, die Betroffene erkennen und an FIZ Makasi verweisen. Die Stadtpolizei Zürich hat als erstes Korps – nach dem Vorbild von Hamburg – eine spezialisierte Ermittlungseinheit für den Strassenstrich und sein Umfeld geschaffen. Diese hat einen reinen Ermittlungsauftrag und arbeitet nicht repressiv. Ihr Fokus ist nicht, Bussen wegen fehlenden Arbeitsbewilligungen zu verteilen oder nach Aufenthaltsbewilligungen zu fragen. So gelingt es, Vertrauen zu mutmasslichen Opfern aufzubauen und sie mit der FIZ in Kontakt zu bringen. Ähnliche Modelle sind in weiteren Kantonen entstanden, zum Beispiel im Kanton Waadt (siehe Kasten zur CIPRO).

Grosse kantonale Unterschiede

Es gibt allerdings immer noch sehr grosse kantonale Unterschiede in der Ermittlung und Verfolgung von Menschenhan-





>>

del. Hohe Opferzahlen in einem Kanton bedeuten nicht, dass dort mehr Menschenhandel vorkommt. Vielmehr deuten sie darauf hin, dass in diesem Kanton die Chance grösser ist, als Betroffene von Menschenhandel erkannt und geschützt zu werden – von geschulten, proaktiv ermittelnden Polizeieinheiten, die mit spezialisierten StaatsanwältInnen und Opferschutzorganisationen zusammenarbeiten. Andernorts fehlt es – trotz sensibilisierten Behördenmitgliedern – am politischen Willen, entsprechende Ressourcen für die Aufstellung von personell und technisch genügend ausgestatteten, spezialisierten Ermittlungseinheiten bereitzustellen.

Kampf gegen Menschenhandel hat sich verändert

In den letzten Jahren wurde das Sexgewerbe in der ganzen Schweiz zunehmend reguliert: der Strassenstrich vielerorts eingedämmt, die bürokratischen Hürden für die legale Sexarbeit erhöht. Auf der politischen Ebene mag dabei der Wille, Betroffene von Frauenhandel im Sexgewerbe zu schützen, massgebend gewesen sein. Tatsächlich aber führen die Regulierungen dazu, dass Gewalt und Ausbeutung weniger sichtbar sind. Sexarbeiterinnen schaffen vermehrt in der Illegalität an, in privaten Zimmern und Hotels. Oder sie sind abhängig von den BesitzerInnen grosser Bordelle.

Spezialisierte, proaktive Ermittlungsarbeit ist aufgrund der Regulierungen im Sexgewerbe schwieriger geworden. Aber sie ist wichtiger denn je – auch in anderen Branchen.

Rebecca Angelini

Best practice im Kanton Waadt

Die *Cellule d'investigation dans le milieu de la prostitution (CIPRO)* im Waadtland und in Lausanne ermittelt im Milieu. Die der CIPRO angehörenden Polizisten setzen nicht auf Repression, sondern auf Vertrauen. Das entspricht den Best practices im Kampf gegen Menschenhandel.

Die drei Waadtländer Polizeiinspektoren und die Lausanner Kriminalpolizei machen ihre Arbeit mit einer dezidiert empathischen Haltung Sexarbeiterinnen gegenüber. Sie können sich dadurch in den einschlägigen Strassen und den Bordellen so bewegen, dass sie Opfer und Täter erkennen können. Ihre Mission: Jene Personen zu entdecken, welche versuchen, die Arbeitsbedingungen von Sexarbeiterinnen zu deren Ungunsten zu verändern.

Das Wichtigste dabei ist, mit allen AkteurInnen im Milieu ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und zu pflegen. Und dies ohne die geringste Zweideutigkeit im Verhältnis zu den AkteurInnen und ohne jegliches Zugeständnis. Das ist nicht immer einfach. Denn viele Sexarbeiterinnen werden in ihrem Herkunftsland diskriminiert und stigmatisiert und haben daher wenig Vertrauen in die Polizei. Um glaubwürdig zu sein, müssen sich die Inspektoren auch für jene Frauen einsetzen, die im Untergrund anschaffen.

Ziel ist es, Sexarbeiterinnen zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen. Für diese Herangehensweise hat sich CIPRO durch den Ansatz von NGOs wie *Fleur de pavé* in Lausanne oder *Aspasie* in Genf inspirieren lassen – beide NGOs setzen sich für die Rechte von Sexarbeiterinnen ein.

Polizeiliche Arbeit in Quartieren mit Strassenprostitution

Die Soziologin Christiane Howe hat in drei Städten in Deutschland und der Schweiz die Arbeit von unterschiedlichen, präventiv tätigen Polizeieinheiten ethnografisch begleitet. Hier ein gekürzter Auszug aus einem Artikel, der im Sommer 2016 veröffentlicht wird.¹

In bestimmten städtischen Quartieren bewegen sich Menschen unterschiedlichster Herkunft, mit vielfältigen Interessen: Alteingesessene, Neu-Zugezogene, aktuell Zugewanderte sowie Drogen gebrauchende Menschen und/oder Menschen, die auf der Strasse in der Prostitution arbeiten oder sich der Party-Szene zuordnen. Mit ihnen und für sie hat sich eine entsprechende Infrastruktur herausgebildet. In diesen Quartieren liegt unter anderem ein Fokus polizeilicher Arbeit auf den zahlreichen Frauen und wenigen Männern, die hier erkenn- und sichtbar auf der Strasse als Prostituierte arbeiten. Zum einen besteht die polizeiliche Arbeit darin, Informationen aus dem Feld der Strassenprostitution, auch über möglichen Menschenhandel, zu gewinnen: «Was passiert hier tatsächlich, wer macht was, wer hat hier welchen Einfluss». Zum anderen geht es darum, Gewohnheit und Vertrautsein im Kontakt herzustellen, den dort arbeitenden Frauen/Männern, insbesondere möglichen Opfern von Gewalt und Menschenhandel, immer wieder Angebote zu machen: dass sie als PolizeibeamtInnen da sind, ansprechbar und sie gegebenenfalls Anzeige erstatten können. Auch sind sie mit den bestehenden Hilfseinrichtungen recht gut vernetzt.

Dörfliche Strukturen

Das wichtigste Medium ist eine verbale wie nonverbale Praktik: ein nahezu tagtägliches «flanierendes Runden-Drehen» in den Strassen und Kneipen der Viertel. So finden kleinteilig, in Sequenzen und Episoden Begrüssungen, Wortwechsel und lose Gespräche statt, Informationsweitergaben, Anfragen, Bitten um Hilfe, Konfliktschlichtungen, Überprüfungen, Recherchen sowie Beobachtungen. Dabei geht es häufig um die Arbeitsbedingungen der Frauen, um Stress und Auseinandersetzungen mit BetreiberInnen, KollegInnen, dem Freund oder in der Familie. Manchmal auch um Vorkommnisse im Quartier. Viele Geschichten sind im Umlauf. Dabei sind die Quartiere fast dörflich strukturiert, so ist es laut einem Polizeibeamten «innerhalb einer Doppelsekunde rum, wenn wir uns irgendwo fehlverhalten.... Also wir können gar nicht so schnell laufen, wie das auf der anderen Seite vom Viertel schon wieder angekommen ist».

Die PolizeibeamtInnen schaffen als tagtäglich Anwesende Vertrauensgrundlagen und (Arbeits-)Bündnisse. So können Gespräche immer wieder geführt, Aussagen überhaupt erst aufgenommen und in einen bereits bestehenden grösseren Kontext gestellt und damit auch überprüft werden. Dadurch entsteht sukzessive ein Im-Bilde-Sein. Die Polizei kennt die Lage, kann sie schnell einschätzen oder entsprechende Kontakte nutzen. Die Notwendigkeiten eines klassischen Überwachens und Kontrollierens oder polizeilichen Einwirkens reduzieren sich damit erheblich.

Ambivalente Interaktionen

Dabei ist die Situation durchaus von einer gewissen (Macht-)Asymmetrie geprägt, zur Polizei muss sich Verhalten werden, entweder durch bewusstes Ausweichen, Nichtbeachten, zügiges Vorbeigehen oder durch Formen des Grüssens. Zum (nickenden) Gruss bis zum Gespräch sind die ins Blickfeld geratenen AkteurInnen in gewisser Weise verpflichtet. Zudem wird angenommen oder befürchtet, dass die PolizeibeamtInnen viel mehr wissen, als sie zeigen. Diese Asymmetrie zeigt sich auch darin, dass die Polizei von Amts wegen recht persönliche Fragen stellen kann/darf, ehrliche Antworten erwarten und auch Ausweispapiere oder das Mitgehen auf die Wache verlangen kann. Zugleich beziehen sich die Menschen im Viertel auf die ihnen bekannten PolizeibeamtInnen und beziehen diese auch als Vertrauensperson mit ein (z.B. bei Hilfestellungen, Informationen) und instrumentalisieren sie auch (z.B. bei Konflikten). Die Interaktionen sind, wenn auch asymmetrisch, miteinander verflochten.

Geschichten verdichten sich und manche werden im Laufe der Zeit auch miteinander geteilt. Die (Macht-)Asymmetrie wird durch diese Prozesse zugleich unterlaufen und beschönigt oder, wie Bourdieu es bezeichnen würde, die symbolische Herrschaft wird euphemistisch verklärt und hier von allen Beteiligten in nahezu «nachbarschaftliche Formen» von Beziehungen verwandelt. Das eröffnet zugleich Möglichkeiten und verschliesst wiederum andere.

Christiane Howe

¹ Im Sammelband «Polizeiliches Wissen», (Arbeitstitel), Hrsg. von Jonas Grutzpalk.

Der Opferschutz bei Razzien

Klar definierte und unterschiedliche Rollen

Hat die Polizei Hinweise dafür, dass an einem Ort Menschenhandel im Spiel ist, interveniert sie. Am nächsten Morgen heisst es dann in den Medien, dass eine Razzia in einem Bordell, Club oder einer Wohnung stattgefunden hat und mutmassliche Opfer von Menschenhandel aufgegriffen wurden. Für die Betroffenen ist es wichtig, dass sie direkt nach einer Razzia mit einer spezialisierten Opferberaterin im Kontakt sind. Die FIZ bietet hier ihre Unterstützung an. Die FIZ-Geschäftsführerin Susanne Seytter und die stellvertretende Makasi-Bereichsleiterin Eva Danzl geben Auskunft.

Die FIZ arbeitet bei Razzien mit der Polizei zusammen. Warum?

Susanne Seytter: Mir ist wichtig klarzustellen, dass wir nicht aktiv an Razzien teilnehmen. Die FIZ und die Polizei haben klar definierte und unterschiedliche Rollen. Wir sind nach einer Razzia präsent, sprechen mit den Frauen und informieren sie über ihre Rechte. Ziel der Polizei ist, möglichst schnell genaue Information über die Täterschaft zu sammeln. Ziel der FIZ ist der Opferschutz.

Wie muss man sich die Zusammenarbeit konkret vorstellen?

Susanne Seytter: In den Kantonen, mit denen wir Kooperationsvereinbarungen haben, werden wir durch unsere Kontaktperson über die bevorstehende Intervention informiert. Wir müssen den Zeitpunkt wissen, die geschätzte Anzahl mutmasslicher Opfer und welche Sprachen sie wahrscheinlich sprechen. Die Vorbereitung ist vor allem logistisch. Wir wissen nie, wie viele Betroffene es am Schluss tatsächlich sind. Aber in der Regel haben wir genügend Beraterinnen und Dolmetscherinnen auf Pikett, um flexibel reagieren zu können. Für mögliche Neuaufnahmen ins Makasi-Programm nach der Aktion halten wir Plätze in unseren Schutzwohnungen frei oder organisieren andere Unterkünfte in unserem Netzwerk. Wir stellen auch sicher, dass Makasi-Beraterinnen Zeit und Kapazitäten für die Folgebetreuung der Frauen haben. Zudem sprechen wir mit der Polizei die Infrastruktur vor Ort an, um sicherzustellen, dass separate Räume für die Gespräche vorhanden sind.

Wann und wo kommen Makasi-Beraterinnen mit den Betroffenen in Kontakt?

Eva Danzl: FIZ Makasi ist nicht am Tatort präsent. Wir warten in einem anderen Gebäude, wo die Polizei die Betroffenen hinbringt. Es ist entscheidend, dass die Gespräche der Ma-

kasi-Beraterinnen mit den betroffenen Frauen und die polizeilichen Befragungen nicht im selben Raum stattfinden und dass die Polizei bei den Opfergesprächen nicht dabei ist. Es braucht mehrere Warte- und Gesprächsräume.

Vertrauen die Frauen den FIZ-Beraterinnen oder nehmen sie sie als verlängerten Arm der Polizei wahr?

Eva Danzl: Für die Betroffenen ist es schwierig zu glauben, dass FIZ Makasi nicht Teil der Polizei ist, denn schliesslich wurden sie gerade von der Polizei in ein Gebäude gebracht, wo die Beraterinnen auf sie warteten. Wir erklären, wer wir sind und dass wir auch gegenüber der Polizei unter Schweigepflicht stehen. Erst wenn den Frauen klar ist, dass wir für sie da sind, auch wenn sie keinerlei Aussagen machen wollen, fassen sie etwas Vertrauen.

Der Moment einer Razzia ist für die Betroffenen immer ein grosser Schreck. Die Polizei ist vielleicht in Kampfmontur eingedrungen – viele Frauen haben das Gefühl, es handle sich um einen Überfall und haben nicht selten Todesangst. Wenn sie mit Makasi-Beraterinnen sprechen, stehen sie unter Schock. Wir fragen sie nach ihrem Befinden, bringen ihnen etwas zu essen, wenn sie hungrig sind, einen Pullover, wenn sie frieren, oder gehen mit ihnen eine Zigarette rauchen. Erst dann sprechen wir die mutmassliche Ausbeutungssituation an. Das Erstgespräch kann ein bis zwei Stunden dauern, abhängig vom Zustand der Frau.

Wie verlaufen die Gespräche?

Eva Danzl: Ganz unterschiedlich. Es kann sein, dass eine Frau eine konstruierte Geschichte erzählt und dabei bleibt: «Ich bin als Touristin hier, ich wollte an die Basler Fasnacht» oder «Ich bin ganz selbstständig am Bahnhof angekommen und mit dem Taxi hierhergekommen.» Wenn die Beraterin weder auf der emotionalen noch auf der rationalen Ebene



durchdringen kann, informieren wir die Frau über ihre Rechte und Pflichten und über unser Angebot.

Eine andere Frau beginnt vielleicht mit einer konstruierten Geschichte, nach Rückfragen wird aber schnell klar, dass sie nicht stimmen kann. Wenn die Betroffene merkt, dass die Beraterin das Milieu und die Ausbeutungsmechanismen kennt, Loyalitäten und Ängste versteht, schafft das Anknüpfungspunkte. Sie beginnt über ihre Situation zu Hause zu erzählen, über die falschen Versprechungen, das Leben in der Schweiz. Spürbar ist dann oft die grosse Angst vor Personen aus dem Täternetz in der Schweiz oder im Herkunftsland, die ihre Familie unter Druck setzen könnten. Einige Frauen haben so grosse Angst, dass sie weder aussteigen noch mit der Polizei kooperieren wollen. Diesen stellen wir unser Angebot vor, geben ihnen unsere Telefonnummer oder verabreden, dass wir sie einige Tage später nochmals kontaktieren.

Andere hingegen wollen aus Gewalt und Ausbeutung aussteigen, mit uns kommen und die Bedenkzeit nutzen, um sich zu entscheiden, ob sie mit den Behörden zusammenarbeiten wollen. Auch sie haben grosse Angst, was ihre Entscheidung bei den Zuhältern bewirken wird, steigen aber trotzdem ins Makasi-Programm ein.

Die FIZ ist keine «Lieferantin» von bereitwilligen Opferzeuginnen.

Was, wenn Frauen nicht mit der Polizei zusammenarbeiten wollen?

Susanne Seytter: Die Frauen sind freie Menschen. Ihre Entscheidung, ob sie mit der Polizei zusammenarbeiten wollen oder nicht, muss respektiert werden und wir stehen dafür auch ein. Die FIZ ist keine «Lieferantin» von bereitwilligen Opferzeuginnen. Die betroffenen Frauen sind traumatisiert, geschockt und haben Angst. Für die Entscheidung für oder gegen eine Aussage brauchen sie Ruhe und Zeit. Es ist viel gewonnen, wenn sie sich entscheiden, ins Makasi-Programm einzusteigen und eine Erholungs- und Bedenkzeit von mindestens 30 Tagen in Anspruch zu nehmen. Und wenn sie sich auch nach der Bedenkzeit gegen eine Aussage entscheiden, muss die Polizei das akzeptieren.

Interview: Shelley Berlowitz

FIZ-Weiterbildung mit der Polizei

Respekt, Bewusstsein, Empathie

Viele Opfer von Menschenhandel werden der FIZ von behördlichen Stellen zugewiesen. Die meisten von der Polizei. Nur wenn Polizistinnen und Polizisten fürs Thema Menschenhandel sensibilisiert sind, können sie Anzeichen dafür erkennen und Opfer identifizieren. Seit Jahren leistet die FIZ deshalb Bildungsarbeit für die Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden.

PolizistInnen, SozialarbeiterInnen, Migrationsbehörden, Gesundheitspersonal, StaatsanwältInnen und andere Fachpersonen können während ihrer Arbeit in direkten Kontakt mit Betroffenen von Menschenhandel kommen. Für sie ist Wissen über Menschenhandel und die Sensibilisierung für die Lage von Betroffenen eine zentrale Voraussetzung für das professionelle Handeln. Dies ist in einem Vergleich zwischen den Schweizer Kantonen besonders gut und unmissverständlich beobachtbar: Überall dort, wo Strafverfolgungsbehörden und andere involvierte Fachkräfte eine spezifische Schulung oder spezialisierte Weiterbildung zur Menschenhandelsthematik erfahren, ist ein Anstieg beziehungsweise sind überhaupt Fälle von Menschenhandel bisher festgestellt worden.

Spezialpartnerin Polizei

2015 kamen 38% der neuen Fälle mit Verdacht auf Menschenhandel über polizeiliche Stellen zur FIZ. In den vorangegangenen Jahren handelte es sich gar um fast die Hälfte aller Fälle. Damit gehört die Polizei zu den zentralen Koope-

rationspartnerinnen der FIZ. Nebst diversen Infoveranstaltungen für behördliche Stellen, wie beispielsweise Opferhilfestellen und Sozialämter, führt die FIZ seit über zehn Jahren am Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) jährlich einen Unterrichtstag in der Bildungswoche «Bekämpfung von Menschenhandel» durch.

Rollenspiele

Der Weiterbildungsblock am SPI wird jeweils von der FIZ in Zusammenarbeit mit polizeilichen Fachkräften und Verwaltungsmitarbeitenden auf kantonaler sowie nationaler Ebene gestaltet. Er beginnt mit einer Präsentation des Interventionsprogramms FIZ Makasi und der Diskussion der Zusammenarbeit beziehungsweise Rollenklärung zwischen Polizei und Opferhilfe. Der grössere Teil des Tages besteht aber aus Rollenspielen. Darin werden jeweils vier verschiedene Befragungssituationen zwischen einem Polizisten und einem vermeintlichen Menschenhandelsopfer simuliert. Ein Szenario betrifft zum Beispiel eine junge Frau, die an einer



Grenzkontrolle bei der Ausreise auf dem Hintersitz eines Autos teilnahmslos in den Fussraum des Wagens starrte und deren Reisepass vom begleitenden Paar vorgezeigt wurde. Die junge Frau wurde unter einem Vorwand in ein Dienstzimmer geführt. An diesem Punkt beginnt das simulierte Gespräch. Makasi-Beraterinnen schlüpfen in die Rolle des mutmasslichen Opfers. Je ein Polizist oder eine Polizistin erhalten die Aufgabe, die Betroffenen zu befragen und einzuvernehmen.

Opfersensible Befragung

Die Handlungsdirektiven sind klar: PolizistInnen sollen üben, eine gute Atmosphäre zu schaffen, das Vertrauen der befragten Personen zu gewinnen, ihnen erklären, dass sie unangenehme Fragen stellen müssen, diese sich aber nicht gegen die Betroffenen selbst wenden. Während der Einvernahme müssen PolizistInnen erklären, welche Rechte Opfer von Straftaten in der Schweiz haben. Schliesslich geht es darum, herauszufinden, was passiert ist, Tatbestandsmerkmale

festzuhalten, Druckmittel und Zwang, unter denen die Frauen stehen, zu eruieren, sowie die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu klären. Die Erwartung, dass bei einer ersten Begegnung alle nötigen Informationen für das weitere Vorgehen in der Ermittlung zusammenkommen, ist dabei kontraproduktiv. Es braucht Zeit, um das Vertrauen der Befragten zu gewinnen, um auf ihre unmittelbaren Bedürfnisse einzugehen und die Lage zu beruhigen.

Die simulierten Befragungssituationen und die Interaktion zwischen BefragterIn und Befragten seien sehr unterschiedlich, erklärt Sara Donath: «Ich habe dieselbe Rolle über mehrere Jahre immer wieder gespielt und dabei erlebt, dass ich jedes Mal anders auf mein Vis-à-Vis reagierte. Je nach Befragungsstil reichte das vom extrem unangenehmen Gefühl in der Gegenwart des Befragers bis hin zum Zustand, ihm mein ganzes Herz ausschütten zu wollen.» Und: «Die Rollenspiele sind zwar eine künstliche Situation, trotzdem entsteht immer auch eine authentische und glaubwürdige Situation, die sich realitätsnah anfühlt.» Teils entstehen so ertragreiche Gespräche, teils aber auch beste Beispiele für weniger erfolgreiche Szenarien, wobei der Lernfaktor für die Teilnehmenden in beiden Fällen sehr hoch ist.

Die nonverbalen Kommunikationsaspekte sind oftmals entscheidender.

Drei Botschaften

Anschliessend an die Rollenspiele werden das Verhalten der BefragterInnen, die Knackpunkte und die Beobachtungen der Befragten in der simulierten Situation besprochen. Dabei geht es um eine wohlwollende und konstruktive Kritik, damit sich die Teilnehmenden in ihrer Aufgabe als Befragende weiterentwickeln können. Sie sollen alternative Befragungsinstrumente realisieren und anerkennen. Die FIZ formuliert drei zentrale Botschaften an die PolizistInnen: Respekt gegenüber den befragten Frauen, Bewusstsein über das eigene Verhalten und Empathie.

Die Mimik der BefragterInnen, ihre Gestik, die räumliche Distanz, der Winkel zur befragten Person, die Stimme, die Körperhaltung und der Blick gehören zu nonverbalen Kommunikationsaspekten, welche für das Befinden und die Bereitschaft der betroffenen Frauen oftmals entscheidender sind als die Sachebene der Fragen oder Motive hinsichtlich Strafvollzug und Ermittlungen. BefragterInnen müssen sich bewusst sein, dass die Befragten auf das Vorgehen der PolizistInnen reagieren. Es ist zentral, dass diese ihr Gegenüber nicht einfach als Quelle für Informationen und Hinweise behandeln, sondern dass sie einfühlsam und menschlich auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingehen. In den Worten von Sara Donath: «Opfer brauchen nicht auch noch in der Befragungssituation das Gefühl, fremdgesteuert zu werden. Denn genau das wurden sie in ihrer Ausbeutungssituation. Sie brauchen ein fürsorgliches Umfeld, Zeit und ein offenes Ohr.»



Vernetzung, Austausch, Verständigung

Die FIZ in den USA

Berufliche Vernetzung, fachlicher Austausch, internationale Verständigung. Darum geht es dem US-Aussenministerium mit seinem International Visitor Leadership Program (IVLP), das bereits seit 75 Jahren existiert. Rebecca Angelini von der FIZ war Teil einer Delegation, die im Rahmen des IVLP im Januar und Februar quer durch die USA reiste. Sie berichtet hier davon.



Rebecca Angelini von der FIZ mit Teilnehmenden aus Äthiopien, Hong Kong, Irak, Argentinien, Indien, Nepal, Lettland und Behördenvertretern und NGOs aus Florida. ©FIZ

«Minderjährige in die Obhut von Menschenhändlern gegeben», titelte die *Washington Post* in ihrer Ausgabe vom 6. Februar. In der Kritik stand das amerikanische Department of Health and Human Services. Dieses ist zuständig für die Fremdplatzierung von unbegleiteten Minderjährigen bei Pflegeeltern, solange die aufenthaltsrechtlichen Verfahren laufen. Gemäss einem Bericht des US-Senats sollen 2014 mehrere Dutzend Kinder bei Menschenhändlern platziert und dann in verschiedenen Branchen ausgebeutet worden sein. Die Nachricht sorgte für Gesprächsstoff in der international zusammengesetzten Delegation, welche sich zu diesem Zeitpunkt auf Einladung des US-Aussenministeriums gerade in Washington D.C. befand, um die Anstrengungen der Amerikaner im Kampf gegen Menschenhandel kennenzulernen.

Wie die Schweiz ist auch die USA in der Bekämpfung des Menschenhandels mit der Herausforderung eines föderalen Bundesstaates konfrontiert. In den USA wie in der Schweiz liegen die Strafverfolgung und der Opferschutz in der Kompetenz der einzelnen Staaten beziehungsweise Kantone, was zu grossen regionalen Unterschieden führt. Für Delegierte aus Ländern, die zentraler gelenkt werden, war dies schwierig nachzuvollziehen. Die Diskussionen kreisten deshalb immer wieder um die Frage, wie die regionalen Regierungen und Behörden vermehrt in die Pflicht genommen werden können. Eine Frage, die auch uns in der Schweiz angesichts der grossen kantonalen Unterschiede in der Identifizierung oder dem Opferschutz stark beschäftigt.

Nach der Hauptstadt besuchte die Gruppe Baltimore, Tampa, Denver, Boulder, San Francisco und Sacramento, wo neben Behörden der einzelnen US-Bundesstaaten auch

viele zivilgesellschaftliche AkteurInnen besucht wurden. Auffallend war in allen Bundesstaaten, dass es im Bereich Opferschutz sehr wenig staatliche Unterstützung gibt. In die Lücke springen Freiwillige. Dadurch spielen in diesem und in anderen sozialen Bereichen religiöse/evangelikale Organisationen mit missionarischem Auftrag eine tragende Rolle. Ein weiterer problematischer Aspekt in den USA ist die Kriminalisierung der Sexarbeitenden. Neben der hohen Gefahr von Ausbeutung und Gewalt, welche die Arbeit in der Illegalität mit sich bringt, kämpfen tausende Sexarbeitende in den USA mit der Vorbelastung eines Strafregistereintrages wegen illegaler Prostitution. Schon nur das Anmieten einer Wohnung oder ein Berufsumstieg wird dadurch praktisch unmöglich. Die IVLP-Delegation hat in Florida einen Anwalt kennengelernt, der nichts anderes tut, als für seine KlientInnen vor Gericht die Löschung von Strafregistereinträgen einzufordern.

Inspirierend an der dreiwöchigen Reise war auch der Austausch unter den 24 Delegierten. Dabei waren Menschenhandels-ExpertInnen aus Strafverfolgung und anderen Behörden, von Opferschutz-NGOs und internationalen Institutionen wie IOM oder EU. Sie kamen aus 24 so unterschiedlichen Ländern wie Argentinien, Äthiopien, Indien, Irak, Rumänien, der Türkei oder den Solomon-Inseln und brachten eine Fülle von Praxiswissen und Meinungen zusammen. Eine einmalige, wertvolle und nachhaltige Erfahrung, aus welcher die FIZ neue Ideen für eigene, aber auch gemeinsame länderübergreifende Aktivitäten schöpfen konnte.

News aus der FIZ

FIZ ist im Ausland präsent

Im November 2015 fand in London eine internationale Frauenkonferenz statt, organisiert von den Organisationen *Global Women's Strike (GWS)*, *Women of Colour in GWS*, und *Payday*, einem Netzwerk von Männern, die mit GWS zusammenarbeiten. Lucia Tozzi war als FIZ-Frau an der spannenden Auseinandersetzung um Feminismus dabei und hat viele Inspirationen zurückgebracht.

Kelechi Mennel, Bereichsleiterin Makasi, hat die FIZ an einem **Arbeitstreffen im Januar 2016 in Budapest** vertreten. Das ungarische Innenministerium hatte die Internationale Organisation für Migration (IOM) und die FIZ eingeladen, um über ein Projekt des Schutzes für Opfer von Frauenhandel zu berichten, die nach Ungarn zurückkehren. Das Projekt wird bereits mit Belgien und Holland durchgeführt und da die Schweiz eine der Hauptdestinationen von Ungarinnen ist, sind die ungarischen Behörden an einer Kooperation mit der Schweiz interessiert.

Die NGO *Les Amis du Bus des Femmes (ABDF)* hat in den letzten drei Jahren zusam-

men mit ehemals betroffenen Frauen aus Nigeria ein **Handbuch zum Frauenhandel aus Nigeria** erarbeitet. Im Februar 2016 wurde die neue Publikation in Paris vorgestellt. Die Makasi-Mitarbeiterin Lina Rasheed hat die FIZ am Anlass vertreten, an dem vertieft über den nigerianischen Frauenhandel diskutiert und das Handbuch vorgestellt wurde. Im Publikum sassen viele Sexarbeiterinnen und Fachpersonen.

25 bulgarische Betroffene von Frauenhandel hat die FIZ in den vergangenen fünf

Jahren beraten. Um die Opferidentifizierung zu verbessern sowie um Prävention und Opferschutz zu stärken, arbeiten wir zusammen mit unserer Schwesterorganisation *Animus* in Sofia am schweizerisch-bulgarischen Kooperationsprojekt mit. Die neue Projektleiterin Serena Dankwa hat die FIZ im **Februar 2016 an einem Koordinations- und Netzwerktreffen in Sofia** vertreten. Serena Dankwa ist promovierte Sozialanthropologin und neu Mitarbeiterin im Bereich Öffentlichkeitsarbeit der FIZ.



Plenumsession der GWS-Konferenz in London. Foto: © GWS

FIZ erhält Ana-Orantes-Preis

Die *Asociación de Mujeres Españolas en Suiza* kürt seit fünf Jahren eine in der Schweiz ansässige Organisation, die sich gegen Gewalt an Frauen einsetzt mit dem «Ana-Orantes-Preis». Anlässlich des Internationalen Frauentags überreichte die Präsidentin der Asociación, Pilar Velázquez, den Preis und einen Scheck von Fr. 850.– an die FIZ-Beraterin Olinda Sanchez. Herzlichen Dank für das Engagement und die Solidarität!



Übergabe des Ana-Orantes-Preises an Olinda Sanchez (rechts). Foto: © Asociación de Mujeres Españolas en Suiza

Ein sicherer Ort rund um die Uhr

Um die Aufnahme von Frauen während 24 Stunden zu gewährleisten, wurde 2015 die entsprechende Vereinbarung zwischen der FIZ, der Stadtpolizei Zürich und der Zürcher Kantonspolizei mit dem Frauenhaus Zürich Violetta, dem Frauenhaus Winterthur und der Frauenberatung Flora Dora optimiert. Betroffene Frauen werden von der Polizei ins jeweilige Frauenhaus begleitet und die Betroffenen finden Aufnahme im Frauenhaus. Am nächsten Tag oder sobald wie möglich übernimmt eine FIZ-Makasi-Mitarbeiterin die Beratung und Betreuung. Wenn Kapazitäten vorhanden sind, können sie dann in die Makasi-Schutzwohnung oder eine andere FIZ-Wohneinrichtung überführt werden. Möglich ist auch der Verbleib im Frauenhaus mit der Fallführung durch die FIZ.

Erste Pensionierung in der FIZ: Toy Meyer

Toy Srismorn Meyer ging Ende 2015 als erste Mitarbeiterin der FIZ in Pension. Toy arbeitete bereits in den 1990er-Jahren als freie Mitarbeiterin bei der FIZ und begann 2001 ihre Arbeit als Beraterin für Migrantinnen. Zuletzt war sie Mitglied der Geschäftsleitung. Wir danken Toy für alles, was sie in der FIZ geleistet hat und wünschen ihr alles Gute fürs Leben danach!



Toy Srismorn Meyer.
Foto: © Steven Hamburger

FIZ-Bildungsmodul

Die FIZ bietet für Fachkräfte im Sozial-, Gesundheits- und Migrationsbereich aktuell das Modul «Menschenhandel erkennen und richtig handeln» als Weiterbildung an. Das Thema kann auch als Vortrag für interessierte Kreise aufbereitet werden.

Das Bildungsmodul zeigt die Mechanismen und Ursachen von Menschenhandel auf und benennt Indizien und Handlungsmöglichkeiten im Falle eines Verdachts auf Menschenhandel. Wenn Sie die Gelegenheit wahrnehmen wollen, vertieft über Menschenhandel zu diskutieren, nehmen Sie mit uns Kontakt auf!

044 436 90 00 oder
contact@fiz-info.ch
Kontaktperson:
Eva Andonie

Jetzt
buchen!

Not for Sale!

Der SchülerInnen-Club *Not for Sale!* hat der FIZ letztes Jahr 2933 Franken als Spende überwiesen. Wir waren neugierig und haben nachgefragt. Dabei ist die Geschichte eines erstaunlichen Engagements von Jugendlichen herausgekommen.

Fleur de Braaf, Schülerin an der Zurich International School, hat *Not for Sale!* als 14-Jährige gegründet. Für eine Auktion zugunsten von FIZ schufen die SchülerInnen Bilder, Figuren, Installationen – und luden Eltern, Bekannte und die Community der *International School* ein. Ihre Werke stellten sie aus und verkauften sie für durchschnittlich 50 Franken. Die Auktion, so schrieb uns

Fleur, war ein riesiger Erfolg und hat auch dazu beigetragen, die BesucherInnen zum Thema Frauenhandel zu informieren und sensibilisieren.

Ein grosses und herzliches DANKE-SCHÖN an die jungen Frauen und Männer von *Not for Sale!* Die Spende hilft uns, Opfer von Frauenhandel zu unterstützen und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen.

Impressum Rundbrief 58, Mai 2016

© FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration
Badenerstrasse 682, 8048 Zürich, T 044 436 90 00, F 044 436 90 15
www.fiz-info.ch, contact@fiz-info.ch, Spendenkonto 80-38029-6

Redaktion: Shelley Berlowitz und Rebecca Angelini Symbolbilder: © Nina Lanzi Grafik: Clerici Partner Design, Zürich Druck: ROPRESS Genossenschaft, Zürich Papier: Cyclus Offset, 100% Recycling

Der Rundbrief erscheint zweimal jährlich. Auflage: 5500 Ex.

